



HESSISCHER LANDTAG

07. 04. 2026

Kleine Anfrage

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
und Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
vom 04.03.2026

Kunststoff-Munition für Spielzeug- beziehungsweise Airsoft-Waffen

und

Antwort

Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Vorbemerkung Fragesteller:

Kunststoffkugeln (sogenannte BBs) sind als Munition für Spielzeug- beziehungsweise Airsoft-Waffen kostengünstig und frei zugänglich zu erwerben. Durch die Verwendung gelangt Plastik in die Umwelt und verbleibt dort dauerhaft, wenn das Material nicht biologisch abbaubar ist. Die Plastik-Kugeln können von Tieren aufgenommen werden oder zu Mikroplastik zerfallen, das Böden und Gewässer belastet und ein Risiko für die menschliche Gesundheit darstellt.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Verwendung von Kunststoff-Munitionen und die Umweltfolgen in Hessen?

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 2 Sieht die Landesregierung in dieser Sache Handlungsbedarf?

Aus Sicht der Landesregierung besteht kein besonderer Handlungsbedarf über die allgemeinen Bemühungen zur Müllvermeidung und zur Stärkung der ordnungsgemäßen Müllentsorgung hinaus, da die Belastung der Umwelt durch Kunststoffmunitionen mengenmäßig im Verhältnis zur Belastung der Umwelt mit anderem Plastikmüll marginal sein dürfte.

Frage 3 Wenn ja: Welche Handlungsoptionen sind aus Sicht der Landesregierung sinnvoll (zum Beispiel Verbot kunststoffbasierter Munitionen, ausschließliche Zulassung biologisch abbaubarer Materialien mit entsprechenden Standards, Stärkung der Herstellerverantwortung, Regeln auf öffentlichen Flächen)?

Frage 4 Was kann beziehungsweise will die Landesregierung in dieser Sache unternehmen? Bitte sowohl etwaige Forderungen gegenüber dem Bund oder der EU als auch Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene nennen.

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung beabsichtigt nicht, spezifische Handlungsempfehlungen zu formulieren oder Forderungen an den Bund oder die EU zu stellen.

Wiesbaden, 20. März 2026

Ingmar Jung